Zentralrat der Juden nimmt Islamverbände in die Pflicht

19. Dezember 2017

Berlin (KNA) Der Zentralrat der Juden nimmt die Islamverbände in die Pflicht.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland ruft die Islamverbände zu entschiedenerem Vorgehen gegen antisemitische Tendenzen in Moscheegemeinden auf. „Repräsentanten der Muslime haben sich durchaus gegen Antisemitismus positioniert“, sagte Zentralratspräsident Josef Schuster der „Welt“ (Samstag). „Das Problem ist aber, dass die muslimischen Verbände meist nur einen kleinen Teil der Moscheegemeinden erreichen.“ Gerade dort würden, etwa durch Imame, oftmals weiterhin „Vorbehalte gegen Juden und gegen Israel verbreitet“, während eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus ausbleibe.

Hier seien die Verbände aufgerufen, „sehr klar einzuwirken und deutlich zu machen, welcher Wertekodex in Deutschland gilt und für alle, die in diesem Land leben wollen, bindende Voraussetzung ist“, mahnte Schuster. „Es ist unzweifelhaft, dass sich der Antisemitismus von muslimischer Seite noch deutlicher artikuliert, als es schon 2014 im Gaza-Konflikt der Fall war.“

Die wachsende Verunsicherung in den jüdischen Gemeinden sei aber auch auf das Auftreten der AfD zurückzuführen, betonte Schuster. „Es kommen Äußerungen dazu, die auf der politischen Rechten zu hören sind.“ Ansichten wie die von Björn Höcke zum Holocaust-Mahnmal in Berlin und „andere eindeutig antijüdische Verlautbarungen von Vertretern – auch Mandatsträgern – der AfD“ erzeugten ein Gefühl der Verunsicherung. „Es werden da ganz klar rote Linien überschritten.“ Schuster stufte den Antisemitismus von rechtsextremer Seite als mindestens so gefährlich ein wie den von muslimischer Seite. „Die meisten Übergriffe kommen tatsächlich von Rechtsextremisten, die meisten antijüdischen Demonstrationen und lautesten antisemitischen Verunglimpfungen kommen seit einiger Zeit von muslimischer Seite“, analysierte Schuster. Auch aus dieser Richtung gebe es allerdings Gewalttaten.

Schuster bekräftigte seine Forderung nach Ernennung eines Antisemitismusbeauftragten in der nächsten Bundesregierung. Zwar würden in den Integrationskursen für Migranten alle Formen von Antisemitismus sowie die deutsche Geschichte thematisiert, doch abends schauten sich viele Teilnehmer dann arabische Fernsehsender wie al-Dschasira an, so dass „alles, was in den Kursen versucht wurde, wieder zunichtegemacht wird“.

(KNA – rlmlp-89-00165)

Stand: 16. November 2026